

Antrag

öffentlich

Datum

14.04.2011

Nummer

A0053/11

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

28.04.2011

KurztitelZwischenbilanz der Mitgliedschaft der "Wirtschaftsinitiative
Mitteldeutschland"

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die bisherige jährliche Berichterstattung der Mitgliedschaft der Stadt Magdeburg bei der „Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland“ als Zwischenbilanz mit speziellem Focus auf eigene Aktivitäten der Stadt darzustellen.
2. Die Zwischenbilanz soll im Wesentlichen die Schlussfolgerungen auf Basis der bisherigen Ergebnisse hinsichtlich der künftig zu erwartenden strategischen Effekte und Synergien für die städtische Wirtschaft, den Tourismus und die regionale Zusammenarbeit beinhalten.
3. Diese Zwischenbilanz ist als Information bis spätestens zum III. Quartal 2011 dem Stadtrat vorzulegen.

Der Antrag soll im VW, RWB und FG beraten werden.

Begründung:

Die Stadt Magdeburg ist seit 2008 Fördermitglied der „Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland“. Im Rahmen der Diskussion zum Beitritt der Stadt wurden eine Vielzahl von Möglichkeiten und Optionen hinsichtlich positiver Effekte für die Entwicklung der Stadt vorgestellt.

Ziel ist es, dass Mitteldeutschland im Jahr 2015 zu den attraktivsten und innovativsten Wirtschaftsregionen in Europa zählt und dynamisches Wachstum mit hoher Lebensqualität verbindet. Dabei muss Magdeburg seinen Platz finden.

Dazu erfolgt auf der Basis eines Stadtratsbeschlusses eine jährliche Berichterstattung, die bisher eine Aufzählung von verschiedensten Aktivitäten der Stadt und anderer Mitglieder der Initiative darstellte.

Die vergangenen Jahre der Mitgliedschaft stellen einen ausreichenden Zeitraum für eine ergebnisorientierte Zwischenbilanz dar.

Es ist angezeigt, diese Zwischenbilanz – fokussiert auf eigene städtische Interessen und Strategien - zu nutzen, um die ggf. sich herausstellenden Schwerpunktbereiche für künftige zielgerichtete Aktionen aus Sicht der Verwaltung vorzulegen.

Dr. Helmut Hörold
Stadtrat